

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk. bei Selbstabholung 5,50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4508. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 4508

Insertenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1,90 Mk. bei Platzvorschrift 2,30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1,70 Mk. Reklame-Kolonelle 7,50 Mk. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
 Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Auf zum Kampf um die Sozialisierung.

Berlin, 23. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit veröffentlicht heute morgen unter der Überschrift: „Der Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues beginnt“ den Entwurf eines Sozialdemokratischen Programms, den die Unabhängige Sozialdemokratische Fraktion im Reichstag eingebracht hat. In der Einleitung schreibt die Freiheit: „Zur Einleitung des Kampfes hat unsere Fraktion einen Gesetzentwurf für die Sozialisierung des Bergbaues dem Parlament vorgelegt, der mit einigen Abweichungen dem Voranschlag der Sozialisationskommission folgt. Der Gesetzentwurf bezieht sich ausschließlich auf das, was sofort verwirklicht werden muß, aber auch verwirklicht werden kann. Er berücksichtigt in weitgehendstem Maße den bestehenden Zustand und die Notwendigkeiten des Übergangs, er stellt also die Minimalforderung der Arbeiterklasse dar, die durchgesetzt werden muß, wenn von einer Sozialisierung des Bergbaues überhaupt gesprochen wird. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ruft das gesamte Proletariat auf, diese Aktion zu unterstützen. Unsere Gesinnung im Lande werden die Frage der Sozialisierung des Bergbaues in den Vordergrund ihrer Agitation rücken und gemeinschaftlich mit den Gewerkschaften den Kampf organisieren. Der geschlossenen Front des Unterproletariats müssen die geschlossenen Reihen des Proletariats entgegengesetzt werden. Wir wissen, daß auch die Sozialisierung des Bergbaues noch nicht die Verwirklichung des Sozialismus bedeutet. Aber dieser Kampf bedeutet den Anfang, damit rückt der Sozialismus überhaupt in den Mittelpunkt der Politik, und in dem Ringen um die Entscheidung über den Bergbau wird das Proletariat die erste große Schlacht schlagen müssen zur Erwerbung der politischen und ökonomischen Macht.“

Im Anschluß daran wird der Entwurf für das Kohlenversteuerungsrecht, der 24 Paragraphen umfaßt, nebst einer Begründung veröffentlicht.

Abreise Sinowjews und Rosowkis.

Berlin, 23. Oktober. (LH.) Die auf Veranlassung der Reichsregierung ausgewiesenen russischen Volkswirtschaftler Sinowjew und Rosowki haben heute vormittags kurz nach 8 Uhr vom Steinhilber Bahnhof nach Stettin, von wo die Weiterreise mittels Dampfers nach Neval erfolgt. Gleichzeitig mit den beiden werden auch die übrigen Abgeordneten der alt-russischen Gewerkschaftsbünde abreisen. Die Russen hatten in Berlin im Hotel Warszawa in der Dorothienstraße 15 Zimmer belegt und eine Reihe weiterer Räume diente zu Bureauarbeiten.

Keine Einreiseerlaubnis für die Sowjeldelegierten nach Italien.

Mailand, 22. Oktober. Laut Quanti hat die italienische Regierung den beiden Sowjeldelegierten Sinowjew und Rosowki die Einreiseerlaubnis nach Italien nicht erteilt und diese Maßnahme damit begründet, daß die beiden Delegierten in Deutschland das Versprechen, sich ausschließlich mit Gewerkschaftspolitik zu befassen, nicht gehalten hätten.

Der Konflikt in der Freiheit-Druckerei beigelegt.

Berlin, 23. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ueber den Konflikt in der Druckerei der Freiheit berichtet diese in ihrer heutigen Morgenausgabe: Unserer Erwartung, daß der in der Freiheit-Druckerei ausgebrochene Konflikt auf dem Wege der Unterhandlung beigelegt werden würde, haben sich nicht erfüllt. Der Betriebsrat hat gestern nachmittags der Geschäftsleitung der Freiheit-Druckerei die Mitteilung gemacht, daß das Personal seinen Einspruch gegen die Veröffentlichung der Organisations-Berichtungen zurückzieht. Damit ist die Angelegenheit auf gütliche Weise aus der Welt geschafft.

Parteitag der Alt-Kommunisten.

Berlin, 23. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Zentrale der kommunistischen Partei ruft für Dienstag, den 2. November, vormittags 9 Uhr beginnend, einen Parteitag nach den Sophienkäsen, Berlin, ein. Die Tagesordnung lautet: 1. Die politische Lage. Referent: Talsheimer. 2. Die Stellung zu den politischen Parteien. Referent: Lewi. 3. Bericht vom 2. Kongreß der kommunistischen Internationale. Referent: Mendel. 4. Betriebsräte, politische Arbeiterräte und Arbeitslosenfrage. Referent: Brandler. 5. Unsere Tätigkeit in den Gemeindeparslamenten. Referent: Handke.

Streik der englischen Bergarbeiter.

Die Aussichten für eine Verständigung.

Glasgow, 21. Oktober. Der Präsident des Bergarbeiterverbandes Smittie hat in einer Rede von neuem bestätigt, daß die Bergleute vom besten Willen erfüllt seien, mit den Grubenbesitzern über die Frage der Eröffnung der Produktion Vereinbarungen zu treffen, unter der Bedingung, daß man ihnen die verlangte Lohn-erhöhung zugestehen.

London, 21. Oktober. Mit Ausnahme von Süd-Wales, wo die Bergleute zum Streik bis zum Neuenfest entschlossen sind, ist man allgemein in den Kohlenbetrieben der Ansicht, daß eine friedliche Beilegung des Konfliktes noch möglich ist. Aus Süd-Cumberland und aus dem Becken von Durham werden Pländerungen gemeldet.

London, 22. Oktober. Eine Glasgower Meldung besagt, die Führer der Bergarbeiter seien aus den verschiedenen Distrikten nach London zurückberufen worden. Es wird erwartet, daß Freitagnachmittag eine Konferenz stattfinden wird.

Lloyd George über die Lage.

London, 22. Oktober. In Beantwortung einer Interpellation Hendersons betreffend die Einberufung einer Konferenz zwischen den Bergarbeitern und den Grubenbesitzern führte in der gestrigen Sitzung des Unterhauses Lloyd George aus, Vorkonferenzen seien unbedingt notwendig, wenn man von vornherein nicht Gefahr laufen wolle, einen Mißerfolg zu erleiden. Lloyd George fuhr fort: Man befindet sich auf gutem Wege zur Lösung des Konfliktes. Der Entschluß der Eisenbahner wird aber den Unterhandlungen zwischen den Bergarbeitern und den Grubenbesitzern hinderlich sein, erhöht überdies die Schwierigkeiten bedeutend und ermutigt einzelne Gruppen, die keine Verantwortung tragen, zu gewissen Handlungen, während doch die Führer die Konsequenzen eines solchen Streiks nicht verkennen. Die Schwierigkeiten wären leichter zu lösen, wenn man die Bergleute ohne Eingreifen von anderer Seite die Verhandlungen führen ließe. Die Regierung wird alles daran setzen, um eine befriedigende Lösung für alle Teile zu finden. Thomas erwiderte, daß man seinen Augenblick verlieren dürfe, denn jeder Tag erhöhe die Schwierigkeiten. Lloyd George dürfte nicht dulden, daß die Beihilfe der Eisenbahner der Fortführung der Unterhandlungen zur Herbeiführung einer Lösung im Wege stehen.

Die bürgerliche Presse über den Streik.

Berlin, 23. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Korrespondent des Berliner Tageblattes meldet: Die Lage im englischen Kohlenstreik wird immer verwickelter. Lloyd George und die hervorragenden Führer der Kohlenarbeiter versuchen, ihre beiderseitigen Forderungen einander näher zu bringen. Die englische Regierung wünscht vor allen Dingen die Kohlenproduktion zu erhöhen, während die Bergarbeiter noch immer auf ihren hohen (!) Lohnforderungen bestehen. Daily Chronicle bringt heute morgen einen Artikel, der augenscheinlich offiziös optimistisch gestimmt ist. Das Blatt weist darauf hin, daß die Kohlenarbeiter selbst das Eingreifen der Eisenbahnarbeiter für sehr unerwünscht halten. (?) Das ist kein Wunder nach den Erfahrungen, die die englischen Arbeiter beim letzten mißglückten Eisenbahnstreik gemacht haben. Die Eisenbahnarbeiter haben beschlossen, falls nicht bis Sonnabend eine Einigung mit der Regierung erzielt ist, am Montag in den Streik zu treten. Der Führer der englischen Eisenbahnarbeiter, Thomas, hat die Hoffnung ausgesprochen, daß Lloyd George sich durch diese Darlegung beeinflussen lassen wird. Aus dem Streik der Eisenbahnarbeiter und der Haltung der Führer der Kohlenarbeiter geht hervor, daß die ganze Bewegung nicht von den Führern (?), sondern von den Rabattalen in den Gewerkschaften selbst getragen ist. Die weitere Entwicklung ist daher ebenso interessant wie unklar. Die konservative Presse sieht die Lage als sehr ernst an. Die Times sagen, daß das ganze Gebäude der englischen Gewerkschaftsorganisationen durch den gemeinsamen Streik der Kohlenarbeiter und der Eisenbahnarbeiter in Frage kommen und damit die Arbeit von 50 Jahren illusorisch werden könne. Die Morning Post und der Daily Telegraph sind ebenso der Ansicht, daß es sich um grundsätzliche Fragen handelt, bei denen die Regierung nicht nachgeben werde. Der englische Gewerkschaftsführer Smittie hält demgegenüber seine Ansicht ausrecht, daß eine Einigung zwischen der Regierung und den Arbeitern erzielt wird.

Bei der Bewertung dieser Meldung ist zu beachten, daß es sich hier um das Urteil der kapitalistisch orientierten Presse handelt. Die darin enthaltenen Urteile und Schlussfolgerungen müssen dementsprechend gewürdigt werden.

Anarchisten-Verhaftungen in Italien.

Berlin, 23. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Rom: In Bologna sollte gestern eine Versammlung anarchistischer Delegierter aus ganz Italien stattfinden. Sie wurde ausgerufen und sämtliche 35 Teilnehmer verhaftet. Die in Florenz tagende sozialdemokratische Parteileitung beschloß, durch die sozialdemokratische Fraktion die sofortige Kammeröffnung fordern zu lassen.

Kamenew über den Feldzug gegen Wrangel.

Berlin, 23. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die rote Fahne verbreitet eine Rosa-Meldung aus Stockholm. Danach wird aus Moskau berichtet, daß Kamenew, der erst von kurzem aus England nach Rußland zurückkehrte, die Wrangelsche Front der roten Armee besuchte. Er versicherte den Truppen, daß die rote Fahne bald über Sewastopol, der Hauptstadt Wrangels, flattern würde.

Die Wahlen in Deutsch-Oesterreich.

Von Julius Braunnthal (Wien).

Der Wahlkampf, der mit ungeheurer Erbitterung geführt wurde, endete mit einer Behauptung des Bestandes der Sozialdemokratie. Die vorhergehenden Wahlen im Jahre 1919, dreieinhalb Monate nach dem Zusammenbruch der Monarchie, trieben die ungeheuren Massen der über den Krieg, die Kriegseiden und das alte System Empörten in das Lager der Sozialdemokratie. Die Bourgeoisie war verängstigt und überließ der Sozialdemokratie widerprüchlos die Führung der Republik. Die Wahlbedingungen waren damals für die Sozialdemokratie die aller günstigsten; sie ging als die stärkste Partei aus dem Wahlkampf hervor. Eineinhalb Jahre lagen in den Händen der Sozialdemokratie die Geschicke der Republik. Ein ausgeblutetes, verfallenes Land, eine zerstörte Volkswirtschaft, völlig gerüttelte Finanzen, ein Heer von Arbeitslosen, ein wirtschaftliches und soziales Chaos sondergleichen — das war die Erbschaft, die die Sozialdemokratie übernahm. In rastloser Arbeit, mit übermenschlicher Hingabe versuchte die Sozialdemokratie den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch der Republik zu erwehren und sie gegen die innere und äußere Konterrevolution zu schützen. Dies gelang ihr. Aber ihr Handeln war nicht frei. Denn mit ihr saßen die Christlichsozialen in der Regierung, die geheimen Feinde der Republik, die den Aufbau der Republik zu hindern suchten und sich der Verantwortung für die Regierung entziehen wollten. Die ungeheure Wirtschaftsnote, ein Erbteil des Krieges und des Zerfalls eines großen Wirtschaftsgebietes, lastete vor allem auf der sozialdemokratischen Partei.

Die Reaktion glaubte nun, die Sozialdemokratie niederwerfen zu können. Die Millionen Hortshys, die Millionen aus Prangins, dem Hauptquartier des entthronten Kaisers und seiner Anhänger, die Millionen des Finanzkapitals rollten, um die Sozialdemokratie zu diskreditieren. Die ganze bürgerliche Presse stand in dem Dienste der Reaktion. Der Nachweis der Arbeiterzeitung, daß die Christlichsozialen bezahlte Agenten Hortshys seien, wurde von der bürgerlichen Journalistik einfach totgeschwiegen. Ein Verleumdungsfeldzug, der bestenfalls an die amerikanische Winktonpresse herantastet, wurde gegen die Sozialdemokratie geführt. Zu dem Bestreben, sie zu zerschmettern, gesellten sich die Kommunisten, die die sozialdemokratischen Führer als Verräter am Proletariat brandmarkten. So hatte die Sozialdemokratie einem ungeheuren Ansturm von rechts und links standzuhalten. Und sie hielt ihm stand. Bis auf sieben Mandate behauptete sie alle ihre Parlamentssitze; als zweitgrößte Partei zieht sie in die Nationalversammlung ein. Die Bedeutung der Wahlen für die Sozialdemokratie wird durch den Umstand erst klar, daß die Million Wähler, die am 17. Oktober für die Sozialdemokratie ihre Stimme abgegeben hat, treue und überzeugte Kämpfer ihrer Sache sind.

Sieger im Wahlkampf ist die Christlichsoziale Partei. Sie, belastet mit der Schuld an dem Kriege, belastet mit dem Verrat an der Republik, belastet mit der Anklage, im Solde Hortshys, Ungarns zu wirken, vereinte alle Massen um sich, die wider den Sozialismus kämpften. Alle kulturellen und sozialen Gegensätze innerhalb des Bürgertums versanken in der unterschiedslosen Masse der Reaktion, die in der Christlichsozialen Partei ihren Ausdruck findet. Die Sozialdemokratie verlor an die Christlichsozialen sieben Parlamentssitze, das sogenannte freimütige, deutsch-jüdische und tschechisch-nationale Bürgertum nicht weniger als acht Mandate. Die Christlichsozialen werden mit 23 Abgeordneten, die Sozialdemokratie mit 66 und das gesamte übrige Bürgertum, einschließlich der Bauernpartei, mit 19 Abgeordneten in das Parlament einziehen. Somit haben die Christlichsozialen alle Schichten der Bevölkerung, die reaktionär gesinnt sind, in sich aufgesogen. Es gibt — von einer dünnen Schicht abgesehen — kein demokratisches Bürgertum in Oesterreich; alles, was nicht sozialistische ist, ist reaktionär und findet in der Christlichsozialen Partei seine Vertretung.

Hat der Wahlkampf die Arbeiterklasse von der Illusion eines „demokratischen“ Bürgertums befreit, so hat das Ergebnis des kommunistischen Wahlsiegers den Nachweis erbracht, daß das Proletariat geschlossen im Lager der Sozialdemokratie steht. Das Wahlergebnis ist für die Kommunisten niederschmetternd. In Wien, bei einer Wählerzahl von einer Million, haben sie nicht mehr als 14000 Stimmen auf ihre Liste vereinigt, in ganz Deutsch-Oesterreich nicht mehr als 20000 Stimmen. In den Industriebezirken Wiener Neustadt und Floridsdorf, in denen sie zumindest ein Mandat zu holen hofften, haben sie auf ihre Liste kaum eine ansehnliche Minorität vereinigt. Der Scheitern der